

Schlussresolution des 58. Nationalkongresses des LCGB

(die französische Version ist maßgebend)

Die Delegierten des 58. LCGB-Nationalkongresses vom 20. und 21. November 2009 in Strassen,

- nachdem sie den Aktivitätsbericht, den Finanzbericht und den Bericht der Überwachungskommission betreffend die abgelaufene Mandatsperiode von fünf Jahren angenommen haben;
- nach einer eingehenden Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage unseres Landes und der Situation am Arbeitsmarkt im Besonderen sowie einer Analyse der gewerkschaftlichen Lage;
- nach Annahme der Anträge und spezifischen Resolutionen über die künftigen Aktivitäten der Gewerkschaft, den nationalen und europäischen Sozialdialog, die Aspekte der Sozialpolitik, die Gleichstellungspolitik und den Index;
- nach Ausarbeitung, breiter Diskussion innerhalb der LCGB-Strukturen und Annahme eines fünf-jährigen Aktionsprogramms;
- stellen mit Zufriedenheit fest, dass der LCGB sich während der letzten Mandatsperiode weiterentwickelt hat und die Ziele in Bezug auf die Mitgliederentwicklung und die Umsetzung seiner Positionen als national repräsentative Gewerkschaft erreicht hat, dies sowohl innerhalb der Unternehmen als auch auf nationaler Ebene;
- sprechen dem Zentralvorstand und dem Exekutivvorstand ihr Vertrauen aus und danken ihnen für die geleistete Arbeit.

Die Delegierten des 58. Nationalkongresses bestätigen und bekräftigen die Wichtigkeit der vorangegangenen Resolutionen und Anträge und unterstreichen ihre Dringlichkeit indem sie der Leitung des LCGB ein Mandat erteilen um alles zu unternehmen damit eine soziale Lösung der aktuellen Krise gefunden wird.

Hintergrund: eine Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008

Die Finanzkrise des Jahres 2008, die auf die Realwirtschaft übergriff, wird erst dann beendet sein, wenn ihre Auswirkungen auf den Beschäftigungsmarkt überwunden sind. Auch wenn einzelne Wirtschaftsbranchen oder die Börse besseren Zeiten entgegensteuern, bedeutet dies noch lange nicht, dass die Krise bereits vorbei sei.

Die Folgen der Krise auf die Beschäftigungslage sind verheerend. Kurzarbeiter, zusätzliche Arbeitslose, entlassene Grenzgänger, Leiharbeiter, Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, sowie weibliche und ältere Arbeitnehmer tragen die Konsequenzen dieser Entwicklung voll und ganz. Die Zahl der Kurzarbeiter steigt über alle Massen. Der LCGB ruft alle zur Solidarität auf, auch jene, die in unserer Gesellschaft die direkten Auswirkungen dieser Krise noch nicht verspüren. Es geht hierbei um den Erhalt der sozialen Kohäsion, einer Schlüsselfunktion unserer Gesellschaft.

Auch die öffentlichen Haushalte sind nachhaltig von dieser Krise betroffen. Hinzu kommt die Gefahr einer Destrukturierung unserer Wirtschaft und insbesondere unserer Industrie: der Finanzplatz geriet ins Wanken, viele Industrieunternehmen, die Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie sind sowie die Logistikunternehmen sind direkt von der Krise betroffen worden. Die hohe Zahl der Anträge für Kurzarbeit zeugt hiervon. Die kleinen und mittleren Unternehmen erleiden das generell schlechte Geschäftsklima und riskieren ihrerseits auch in die Krise abzurutschen.

Das Engagement des LCGB angesichts der Krise

Angesichts der Krise und der großen Umwälzungen, die daraus in den Unternehmen und der Gesellschaft erfolgen, ist der LCGB verpflichtet zu handeln. Ziel ist es, die existenzielle Grundlage der Arbeitnehmer zu gewährleisten, den Beschäftigungserhalt („maintien dans l'emploi“) zu garantieren, kurzum den Arbeitnehmern alle nötigen und nützlichen Mittel zu geben damit sie weiterhin über eine Beschäftigung verfügen, die es ihnen erlaubt ein würdiges Leben zu führen und, über diesen Anspruch hinaus, die Möglichkeit haben sich in einem Umfeld ständiger Wechsel voll und ganz zu behaupten.

Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden ist es unerlässlich, dass der LCGB eine Politik definiert, die den neuen Begebenheiten Rechnung trägt. Hierfür hat der LCGB ein Aktionsprogramm erarbeitet, welches sich den künftigen Herausforderungen annimmt.

Für eine Gewerkschaftsorganisation ist die Kollektivvertragspolitik heute das wichtigste Instrument um allen Arbeitnehmern reelle Perspektiven zu eröffnen.

Demzufolge setzt sich der LCGB künftig ein:

- für den strikten Respekt der Tarifautonomie der Sozialpartner;
- für eine wirkliche Erneuerung der Kollektivvertragspolitik indem für die Gesamtheit der Arbeitnehmer Kollektivverträge verhandelt werden, die den realen Begebenheiten in den Unternehmen und Wirtschaftsbranchen entsprechen;
- für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der individuellen Löhne mittels linearer Lohnerhöhungen;

- für den Respekt der Vorzüge der respektiven Kollektivverträge, die im Zuge des Einheitsstatuts in einen einzigen Kollektivvertrag münden. Hier muss auch das Prinzip der Wahl der besten Praktiken vorherrschen;
- für eine punktuelle Anpassung des Arbeitsrechts in der Folge des Einheitsstatuts, mit dem Ziel eine wirkliche Absicherung der Arbeitnehmer in ihrem Arbeitsverhältnis zu gewährleisten;
- für verbesserte Maßnahmen des Beschäftigungserhalts („maintien dans l'emploi“) und die Absicherungen der Existenzen bei konjunkturellen oder strukturellen Schwierigkeiten oder im Falle eines Konkurses des Arbeitgebers;
- für die generelle Einführung eines Vorruhestandmodells, welches es Arbeitnehmern ermöglicht sich zu den gleichen Bedingungen aus dem aktiven Arbeitsleben zurückzuziehen wie bei der derzeitigen „préretraite ajustement“;
- für spezifische Maßnahmen um die Lage älterer Arbeitnehmer sowie von schwer vermittelbaren Stellensuchenden zu verbessern;
- gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen;
- für Verbesserungen des Arbeitsklimas.

Die Globalisierung, die Informationsgesellschaft, der wissenschaftliche Fortschritt sind Phänomene, denen wir alltäglich begegnen. Künftig wird die Stellung eines Jeden in der Gesellschaft davon abhängig sein, inwieweit er sich zeitlebens immer neues Wissen aneignen konnte. Es wird also eine vorrangige Aufgabe sein, die Arbeitnehmer an lebenslanges Lernen heranzuführen.

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungstätigkeit wird der LCGB sein Bildungsprogramm dahingehend weiterentwickeln, dass die bereitstehenden Mittel bestens den Bedürfnissen der Militanten und Mitglieder, aber auch den Erfordernissen der Gewerkschaft angepasst sind. Die Identifizierung, die Solidarität und der Zusammenhalt mit und im LCGB werden hiermit weiter gestärkt.

Bezüglich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wird die Politik des LCGB weiterhin ausgerichtet sein auf:

- die korrekte Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sicherheit, Gesundheit und die Ergonomie am Arbeitsplatz;
- die Förderung aller begleitenden Maßnahmen, die die diesbezügliche Gesetzgebung vervollständigen, verbessern und unterstützen;
- die Intensivierung des Sozialdialogs in diesen Bereichen.

Angesichts der Beschäftigungslage müssen alle Maßnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen werden; hierbei gilt es die Arbeitszeiten dahingehend zu gestalten, dass eine gerechtere Verteilung der Arbeit unter den potenziellen Arbeitnehmern gewährleistet wird.

Die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen auf die Unternehmen und die Beschäftigung, aber auch auf die öffentlichen Finanzen, sich bemerkbar machen, stellt uns vor gewaltige Herausforderungen.

Alle internationalen Instanzen diskutieren über die Krise und ihre Ursachen. Wir sehen aber bisher noch nicht einmal den Ansatz einer Neuregelung betreffend die internationale Finanzspekulation, das Gebaren der *Hedge Funds* oder der *Private Equity Funds*. Auch das Finanzgebaren von großen multinationalen Firmen wurde bisher nicht neu reglementiert.

Wir fordern daher von der EU-Kommission und dem G-20, dass Instrumente geschaffen werden, die nicht vorrangig die Interessen der Aktionäre wahren, sondern die die Arbeitnehmer endlich in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Finanzaktivitäten rücken.

Der Index

Das System der automatischen Anpassung der Löhne und Pensionen an die Preisentwicklung (Index) ist ein Garant gegen den Kaufkraftverlust der Bürger und ein wesentliches Element des sozialen Friedens in unserem Land.

Deswegen:

- verlangt der LCGB, dass das Tripartite-Abkommen von 2006 respektiert wird und es zum 31.12.2009 ausläuft;
- verlangt der LCGB unmissverständlich, dass der Indexmechanismus zum 1.1.2010 wieder eingeführt wird;
- müssen die Indexanpassungen an den Erfallsdaten („cote d'application“) in Kraft treten;
- wird der LCGB keine Veränderungen zulassen, die den Kaufkraftverlust nicht voll ausgleichen;
- wird demzufolge der LCGB für diesbezügliche Verhandlungen nicht zur Verfügung stehen.

Soziale Sicherheit

Die nationale Solidarität, die Solidarität zwischen den Generationen, die Gerechtigkeit, der Zugang für alle zu den Leistungen sowie die Qualität der Leistungen, also die Grundprinzipien unseres Sozialversicherungswesens müssen auch weiterhin erhalten bleiben. Der Fortbestand unseres Sozialversicherungswesens muss gewährleistet werden indem gesellschaftlichen und demographischen Entwicklungen sowie den daraus entstehenden neuen Bedürfnissen Rechnung getragen wird.

Der LCGB fordert:

- alternative und zusätzliche Finanzierungsquellen;
- eine Neudefinierung der Invalidität;
- eine Reform der beruflichen Wiedereingliederung („reclassement“);
- ein Statut für Arbeitnehmer im „Reclassement“;
- eine Reform der Aufgaben des „Contrôle médical de la sécurité sociale“, der Arbeitsmedizin sowie der Ärzte der Adem;
- eine Reform der Auszahlungsweise des Krankengeldes;
- die Aufhebung des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 betreffend den Verlust der Krankenversicherung nach 52 Wochen Krankheit und/oder Unfall;
- effiziente Qualitätskontrollen im Gesundheits- und Pflegewesen;
- eine Reform der Unfallversicherung entsprechend der Position der Arbeitnehmergruppe des Wirtschafts- und Sozialrates.

Betreffend das Rentenwesen:

- fordert der LCGB, dass die gesetzliche Rentenversicherung die tragende und ausreichende Säule bleiben muss um ein würdiges Leben im Alter zu gewährleisten;
- fordert der LCGB alternative und zusätzliche Finanzierungsquellen;
- weist der LCGB ein Anheben des legalen Renteneintrittsalters zurück;
- fordert der LCGB die Wahrung der Rechte und Ansprüche der aktuellen Rentner sowie der aktuellen Arbeitnehmer;
- fordert der LCGB den Erhalt und die Weiterentwicklung der Vorruhestandsregelungen;
- fordert der LCGB die flexible Altersrente.

Demokratisierung der Wirtschaft mittels einer modernen Mitbestimmung der Beschäftigten

Seit 1974 ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb ein wesentliches Element des sozialen Friedens in Luxemburg. Die Veränderungen der Arbeitswelt innerhalb der letzten 35 Jahre, die Veränderungen in der Wirtschaft und die Einführung des Einheitsstatuts erfordern eine Modernisierung der Gesetzgebung über die Mitbestimmung. Das Regierungsprogramm sieht eine Reform der Mitbestimmungsgesetze vor, die letztlich zu einer wirklichen Demokratisierung der Arbeitswelt in modernen Unternehmen führen muss.

Deswegen fordert der LCGB:

- für die Personalvertreter einen absoluten Schutz gegen Kündigungen;
- eine Absicherung der Löhne und Karrieren aller Personalvertreter sowie eine Definition ihrer Beziehungen zu den national repräsentativen Gewerkschaften;
- um zu gewährleisten, dass die Personalvertreter ihr Mandat unabhängig ausüben können, eine substantielle Verbesserung der Mittel durch eine Erhöhung des „crédit d’heures“ und einer vollständigen Freistellung ab 250 Beschäftigten;
- eine bessere Unterstützung mittels interner und externer Expertisen sowie eine verbesserte Weiterbildung für Personalvertreter;
- eine wirkliche Transparenz in Sachen Information und Konsultation sowie bei der entscheidungsfähigen Mitbestimmung der Arbeitnehmer;
- einen Zugang der Arbeitnehmervertreter zu den Verwaltungsräten, unabhängig von der jeweiligen juristischen Form der Unternehmen;
- ein Mitbestimmungsrecht betreffend die Chancengleichheit der Arbeitnehmer.

Politik der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und Repräsentativität der Frauen in den Strukturen des LCGB

Wenn der LCGB die Frage nach der Gleichbehandlung der Geschlechter im Rahmen der Kollektivvertragspolitik in Angriff nimmt, so verlangt er auch, dass die Politik sich konkret gegen die Unterbewertung der Arbeit von Frauen und für die Eliminierung von Stereotypen auf dem Arbeitsmarkt einsetzt.

Wenn das Aktionsprogramm, das anlässlich des 55. LCGB-Nationalkongresses im Jahr 1996 angenommen wurde und seine Früchte getragen hat, so muss man doch feststellen, dass im Laufe der letzten fünf Jahre die Repräsentativität von Frauen an Elan verloren hat. Deshalb muss dieses Programm neu aufgelegt und alles unternommen werden, um die Repräsentativität von Frauen auf Gewerkschaftsebene zu verstärken.

Die Grenzgänger

Luxemburg zählt aktuell ca. 150.000 Grenzgänger (ca. 42% der Beschäftigten). Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wird der LCGB verstärkt Grenzgänger in seine gewerkschaftliche Aktion einbinden.

In dieser Hinsicht wird der LCGB stärker mit den Gewerkschaften der Großregion und den existierenden gewerkschaftlichen Strukturen zusammen arbeiten. Hierzu gehören der „IGR Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz“, die „Gewerkschaftliche InterRegionale im Dreiländereck“ und die „Gewerkschaftliche Plattform der Großregion“. Auch wird der LCGB seine bilateralen Beziehungen mit den Gewerkschaften in Belgien, Frankreich und Deutschland vorantreiben.

Infrastrukturen und nachhaltige Entwicklung

Der Grundgedanke der nachhaltigen Entwicklung besteht darin, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen zu erhalten und den Bedürfnissen der aktuellen Generation gerecht zu werden ohne die Chancen zukünftiger Generationen zu gefährden. Dies anhand von ausgeglichenen Maßnahmen zwischen den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Sozialem. Die Herausforderungen, welche nachhaltige Entwicklung und demographische Entwicklung an uns stellen, erfordern substantielle Investitionen und Weiterentwicklungen der Infrastrukturen, die den realen Bedürfnissen nicht gerecht werden.

Um die CO₂-Emissionen zu verringern und ein zukünftiges Wachstum Luxemburgs zu sichern, unterstützt und ermutigt der LCGB jede Maßnahme, die folgende Entwicklungen vorantreibt:

- die Diversifikation unserer Wirtschaft über eine stärkere Ansiedlung neuer, umweltverträglicher Gewerbe und Industrien, die Güter bzw. Dienstleistungen mit hohem Mehrwert schaffen;
- die Analyse der realen Bedürfnisse bzgl. des öffentlichen Transports, des Wohnungsbaus und aller anderen Infrastrukturen, welche unabdingbar für die Entwicklung der Gesellschaft und die Umsetzung der betreffenden Sektoriellen Pläne sind;
- die Förderung erneuerbarer Energien;
- die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser, elektrischer Energie und Naturgas zu sozial annehmbaren Preisen für alle Konsumenten.

Wie bereiten wir das Großherzogtum der Zukunft vor?

Die Bedeutung der Forschung wird regelmäßig in den Vordergrund gerückt und große Summen werden in diese Bereiche investiert. Allerdings bleibt abzuwarten, ob unsere Wirtschaft die entsprechenden Früchte ernten wird. Wenn man davon ausgeht, dass die Arbeitnehmer sich in Luxemburg zukünftig einer Beschäftigung zuwenden müssen, welche höhere Qualifikationen voraussetzt, so muss man Mittel und Wege finden, die Unternehmen zu ermutigen diese Art von Arbeitsplätzen in unserem Land zu schaffen, die Jugendlichen im Rahmen ihrer

schulischen Laufbahn entsprechend zu orientieren und die Arbeitnehmer einzuladen, sich entsprechend fortzubilden.

Initiativen wie „Luxemburg, Einkaufszentrum der Großregion“ oder „Luxemburg als internationale Logistikkreuzung“ sind Konzepte, welche in den Vordergrund gerückt werden. Die Spitzentechnologie-, Biotechnologiesektoren und die Weiterentwicklung bestehender, wichtiger Bereiche im Rahmen von Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen müssen anvisiert werden. Wichtig ist, dass diese Ideen nicht beim Konzept enden, sondern dass sie über eine strukturierte Vorgehensweise zu Erfolgen werden.

Der LCGB muss die Bedeutung einer Weiterentwicklung der Wirtschaft aufzeigen, welche die Industrie nicht verschmäh. Die Beschäftigung in diesem Bereich und die wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Sektoren sind für unser Land überlebenswichtig.

Die Politik muss den Rahmen setzen, der eine Entwicklung der Gesellschaft zulässt. Der LCGB will sich anhand der vorliegenden Resolutionen, welche die Grundlagen seiner zukünftigen gewerkschaftlichen Aktion bilden, engagieren. Nach der Überzeugung des LCGB, das entscheidende Element der christlichen Soziallehre, muss bei jedem Schritt die Interessen und das Wohl des Menschen über den Interessen des Kapitals stehen. Die Humanisierung der Arbeit, die Demokratisierung der Arbeitswelt und insbesondere der Mensch müssen im Mittelpunkt einer jeden Entscheidung und Aktion stehen.

Die Delegierten des 58. Nationalkongresses des LCGB rufen alle Arbeitnehmer, Lehrlinge, Schüler und Studenten auf, sich gewerkschaftlich im LCGB zu organisieren und diesen weiter im Interesse aller Arbeitnehmer unseres Landes zu stärken.

Der LCGB erklärt, alles Mögliche zu unternehmen, damit die vom 58. Nationalkongress getroffenen Beschlüsse und die gestellten Forderungen umgesetzt werden.

*Verabschiedet vom 58. Nationalkongress des LCGB,
am 20. und 21. November 2009 in Strassen*